

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr.  
29.04.2008

### **Helmhold: Ministerin baut neue Barrieren - Gesamtschulgesetz benachteiligt ländlichen Raum**

Scharfe Kritik an der von den Regierungsfractionen angekündigten Schulgesetzänderung kommt von den Landtagsgrünen. "Mit diesem Gesetzentwurf sollen vor allem im ländlichen Raum neue Gesamtschulen unmöglich gemacht werden. Der Elternwille wird damit weiterhin missachtet", sagte die stellvertretende Fraktionsvorstzende Ursula Helmhold aus Rinteln.

Die Barrieren für die Neugründung würden noch höher gelegt, indem die Mindestzügigkeit bei neuen Integrierten Gesamtschulen von vier auf fünf erhöht und bei Kooperativen Gesamtschulen mindestens zwei Gymnasialzweige gefordert werden.

Helmhold: "Mit der diesen Einschränkungen wird es in vielen dünner besiedelten Landkreisen auch künftig keine oder zu wenig Gesamtschulen geben.

Für Schaumburg sei mit dieser Ansage klar, dass auch weiterhin viele Kinder nicht an einer Schule ihrer Wahl unterrichtet werden. Auch versuche die Landesregierung alles, um eine Beschulung in neuen Gesamtschulen noch in diesem Jahr zu verhindern.

Die Abgeordnete sprach sich dafür aus, die Standorte neuer Gesamtschulen dort zu wählen, wo die höchste Zahl von Anmeldungen vorläge, damit die Schulwege für die Kinder nicht zu lang würden. Natürlich müsse auch Rinteln ins Kalkül gezogen werden.